

3. Österreichische Jugendkonferenz

Forderungen der Teilnehmer*innen





© BJV / Kirill Lialin

Anbei die Forderungen der Teilnehmer*innen der 3. Österreichischen Jugendkonferenz, die von 08. bis 10. Juni 2022 in Parndorf/Burgenland stattgefunden hat.

Die Forderungen wurden auf der 3. Österreichischen Jugendkonferenz von den jungen Teilnehmer*innen erarbeitet und am 3. Tag im Rahmen eines Dialogs an die Landesrät*innen für Jugend und die Staatssekretärin für Jugend, Claudia Plakolm übergeben und mit ihnen diskutiert.

Die 3. Österreichische Jugendkonferenz wurde von der Koordinierungsstelle Jugenddialog, welche bei der Bundesjugendvertretung angesiedelt ist, mit Unterstützung des Landes Burgenland und dem Bundeskanzleramt umgesetzt.

Die 3. Österreichische Jugendkonferenz ist Teil der Konsultationsphase der 9. Beteiligungsrunde des EU-Jugenddialog, welche unter dem Thema "Zusammen für ein inklusives und nachhaltiges Europa" als Beteiligungsprozess in allen Mitgliedsstaaten der EU stattfindet.

Inhaltliche Rückfragen an:

office@jugenddialog.at

Presse Anfragen an:

presse@bjv.at

Action & Empowerment



Allen jungen Menschen soll es ermöglicht werden, einen Beitrag zum Klimaschutz und zu einer nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Aber nicht alle jungen Menschen haben die gleichen Möglichkeiten, an der Gesellschaft teilzuhaben und sich für die Bekämpfung der Klimakrise einzubringen.

Die, die sich einbringen können, fordern mutige und wirksame Maßnahmen von Entscheidungsträger*innen für diese herausforderndste Problematik unserer Zeit.

Denn die Klimakrise kann nur generationsübergreifend und gemeinsam gemeistert werden.

Junge Menschen sind de-facto überproportional und langfristig betroffen und zeigen großes Engagement, um innovative Lösungsansätze in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu etablieren.

Diese Bemühungen stoßen jedoch auf Barrieren in unterschiedlichen Bereichen:

- Es gibt zu wenige jugendfreundliche, verlässliche und verständliche Informations- und Bildungsangebote zur Klimakrise und deren Zusammenhang zu sozialen Ungleichheiten, um alle jungen Menschen gleichermaßen abzuholen und so Meinungsbildung zu ermöglichen
- Es gibt nur bedingt Beteiligungsprozesse in denen sich junge Menschen aktiv einbringen können und bei denen ihre Anliegen auch gehört, ernst genommen und weiterverfolgt werden. Zu den Beteiligungsprozessen, die es gibt, haben nicht alle jungen Menschen gleichermaßen Zugang.
- Die zur Verfügung stehenden Rahmenbedingungen lassen einen klima- und umweltfreundlichen Lebensstil oft nicht zu. Junge Menschen, die generell gesellschaftlich benachteiligt sind, haben es auch schwerer umweltfreundliche Entscheidungen zu treffen.

Das muss sich ändern!

Entscheidungsträger*innen sprechen oft davon, dass sie Maßnahmen gegen den Klimawandel vornehmen wollen. Gleichzeitig werden aber umweltschädliche Praktiken und Produkte subventioniert. Insgesamt werden aus der Sicht junger Menschen zu wenige Maßnahmen zu langsam umgesetzt.

Viele junge Menschen sehen es als ihre Pflicht an, die Dringlichkeit der Klimakrise zu betonen und treten bereits lautstark für die Bekämpfung der Klimakrise ein. So nehmen junge Menschen eine Vorreiter*innenrolle in der Bewusstseinsbildung zum Klimaschutz ein, etwa durch ihre aktive Teilnahme an allen Prozessen zu denen sie Zugang bekommen, bei Demonstrationen, in Jugendorganisationen und Vereinen oder durch Online-Aktivismus.

Die Bekämpfung der Klimakrise und eine nachhaltige Entwicklung können nur erreicht werden, wenn wir alle (jungen) Menschen an der Umsetzung teilhaben lassen. Und umgekehrt kann echte Inklusion nur erreicht werden, wenn wir uns für eine nachhaltige, grüne Welt schaffen.

Information & Bildung



Wo holt man sich am Besten verlässliche und verständliche Informationen und Bildung über den Klimawandel? Oft ist es nicht leicht, sich über das Thema Klimawandel zu informieren. In der Schule kommt das Thema zu kurz und für manche jungen Menschen ist es noch viel schwieriger als für andere, sich zum Thema zu informieren. Zukunftsbildung ist oft vom Engagement einzelner Lehrer*innen oder der Politik-Affinität des Elternhauses abhängig. Die Informationen die es gibt sind oft nicht einfach und verständlich für alle jungen Menschen, oder erreichen sie einfach nicht, deswegen können auch nicht alle mitreden wenn es um dieses wichtige Thema geht. Es gibt außerdem zu wenig Bewusstsein über die Verbindung zwischen Klimawandel und sozialen Ungleichheiten in Österreich, Europa und weltweit. Die Teilnehmer*innen der 3. Österreichischen Jugendkonferenz denken alle sollen Zugang zu qualitativ hochwertiger und inklusiver Bildung und Information über den Klimawandel haben und fordern:

Information

Niederschwellige, verlässliche und inklusive Informationsquellen für junge Menschen zu Klimakrise und Nachhaltigkeitsthematiken

- Sichtbarkeit von Nachhaltigkeitsthemen und Projekten im öffentlichen Raum erhöhen
 - "Idee: Inklusiv gestaltete (Bildbeschreibung/Blindenkommentar, etc.), EU-weite einheitliche Social-Media-Accounts mit nationalspezifisch mehrsprachigen Inhalten:
 - wissenschaftliche belegte Inhalte zielgruppenspezifisch ansprechend aufbereitet (Infotainment)
 - Basisplattform schaffen, die selber Informationen bereitstellt und weiterführend auf ein großes Netzwerk an Informationsquellen verlinkt
 - Expert*innenmeinungen hervorheben, Politiker*innen zweitrangig behandeln
 - Idee: Plakatkampagnen mit Informationen und Anlaufstellen z.B. im öffentlichen Raum und in jeder Schulklasse
- Barrierefreie Informationen auch in einfacher und leichter Sprache
- Zielgruppenspezifische Aufbereitung von Informationen
- Wissenschaftliche Fundierung von Informationen
- Informationsquellen ohne Werbung und nicht politisch gefärbt

Unterschiedliche Kanäle nutzen um unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen:

- Zielgruppenspezifische Plattformen nutzen um alle jungen Menschen zu erreichen

Medien- und Informationskompetenz fördern:

- Von Expert*innen durchgeführte, inklusive Kurse für Informations- und Medienkompetenz für verschiedene demografische Gruppen anbieten in Schulen und andern Lern-settings
- Informationskampagnen zur Vermeidung von Fake News und für Informations- und Medienkompetenz

Bildung

Formale Bildung

- Umwelt- und Klimaprojekte bereits in der Elementarpädagogik umsetzen
- Reformierung des formalen Bildungssystems unter dem Anspruch der Chancengerechtigkeit
- Ausbau der politischen Bildung in allen Bildungsinstitutionen als Grundlage für Beteiligung auf Augenhöhe.
- Eigenes Schulfach für politische- und Gesellschaftsbildung inklusive nachhaltiger Entwicklung und globalem Lernen sowie Sozialkompetenzen
- Verankerung von Alltagskompetenzen im Lehrplan (Fit4Life): Steuererklärungen, Verträge abschließen, Weiterbildungsmöglichkeiten, Finanzkompetenz, ... um gesellschaftliche Teilhabe für alle zu ermöglichen
- Klima aus ökologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Perspektive behandeln
- Intersektionalität bei Bildung über die Klimakatastrophe mitdenken- und behandeln
- Wissensbasierte Politisierung von Jugendlichen um Engagement und Beteiligung zu fördern
- Bildungsgerechtigkeit schaffen indem man unterschiedliche Grundvoraussetzungen berücksichtigt und die notwendige Unterstützung für bestimmte Zielgruppen sicherstellt
- Kritisches Denken fördern
- Diskussion aktueller Themen (Digitalisierung, Politik, Nachhaltigkeit) in eigener dafür vorgesehener regelmäßiger Informationsstunde
- Mehr non-formale und interaktive Methoden anwenden und externe Expert*innen einbeziehen (wenn z.B. zum Thema Klimawandel gearbeitet wird)
- Vorbildwirkung durch nachhaltigen Schulbetrieb

Non-formale Bildung

- Adäquate Förderung von außerschulischer Kinder- und Jugendarbeit um qualitativ hochwertige non-formale Bildungsangebote zu ermöglichen
- Mehr Räume und Möglichkeiten für Austausch von Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen (zum Thema Klimawandel) schaffen
- Niederschwellige Kommunikation mit jungen Menschen aller Hintergründe zu Nachhaltigkeits- und Inklusionsthemen durch ein flächendeckendes Angebot offener Jugendarbeit und Jugendorganisationen

Teilhabe an politischen Prozessen



Die Anliegen und Interessen junger Menschen sind in vielen Entscheidungsfindungsprozessen ein untergeordnetes Thema. Kinder und Jugendliche sind kaum an diesen beteiligt und politische Institutionen und Entscheidungsträger*innen scheitern oftmals daran, sie mit ins Boot zu holen. Beteiligung? Ja bitte! Und zwar inklusiv und auf Augenhöhe! Junge Menschen wollen ihre Lebenswelten mitgestalten und Verantwortung übernehmen. Viele „von oben“ angestoßene Beteiligungsprozesse verlaufen jedoch im Sand, sind nicht inklusiv zugänglich oder werden von Entscheidungsträger*innen zweckentfremdet und nur als nette „Photo-Opportunity“ gesehen. - Das nennt man auch Youth Washing. Zurück bleiben dann oft junge Menschen, die der Politik misstrauen und demokratische Prozesse – aufgrund ihrer eigenen negativen Erfahrungen – nicht mehr ernst nehmen. Die Teilnehmer*innen der 3. österreichischen Jugendkonferenz denken, alle jungen Menschen sollen Zugang zu echter Beteiligung und Dialog auf Augenhöhe haben und fordern:

Teilhabe an politischen Prozessen

Anliegen junger Menschen ernst nehmen

- Junge Menschen als Expert*innen ihrer Lebenswelt wahrnehmen
- Anerkennen, dass alle Themen junge Menschen berühren können nicht nur jene, die auf den ersten Blick als "jugendrelevant" wahrgenommen werden
- Anliegen junger Menschen (in Bezug auf die Klimakrise) nicht als "lieb" und "naiv" darstellen, sondern ernst nehmen und anerkennen, dass diese wissenschaftlich- und faktenbasiert sind
- Mehr Raum für junge Menschen in Entscheidungsprozessen
- Ergebnisoffenheit: Entscheidungsträger*innen lassen sich auf tatsächliche Ergebnisse ein
- Ernstnehmen von bereits bestehenden Beteiligungsstrukturen für und Interessenvertretungen von jungen Menschen (u.a. Landesschüler*innenvertretungen, Bundesjugendvertretung,...)
- Kooperations- und Kompromissbereitschaft von Entscheidungsträger*innen bei der Umsetzung von Ergebnissen von Jugendbeteiligungsprozessen

Entscheidungsträger*innen zur Rechenschaft ziehen

- Der Ablauf und die Rahmenbedingungen von Beteiligungsprozessen müssen von Beginn an transparent an alle Beteiligten kommuniziert werden.
- Klares Bekenntnis, dass mit Ergebnissen auf politischer Ebene weitergearbeitet wird
- Transparenz zwischen Entscheidungsträger*innen und jungen Menschen bezüglich Machbarkeit und Umsetzung von Forderungen
- Vermeidung von Inszenierung, "Youth Washing" und Scheinbeteiligung; und mehr ehrlicher Dialog auf Augenhöhe
- Klimaschutz in Verfassungsrang heben
- Follow-Up mit Feedback und Argumentation zu Umsetzung oder Nichtumsetzung von Entscheidungsträger*innen zu den Forderungen und Anregungen junger Menschen

Budget für Beteiligung

- Mehr Budget für kleine Beteiligungsprojekte
- Mehr partizipatorische Jugendbudgets für Projekte und Ideen junger Menschen
- Beteiligungsprojekte nur zu starten, wenn sie mit ausreichendem Budget ausgestattet sind und ergebnisoffen geführt werden können.

Inklusive Teilhabe

- Mehr und qualitativ hochwertige Beteiligungsangebote im direkten Lebensumfeld junger Menschen. Z.B. in der Gemeinde oder in der Schule
- Inklusiven Zugang für alle jungen Menschen zu Beteiligungsformaten ermöglichen

Anknüpfen an bestehende Strukturen

- Für Beteiligungsformate bestehende Strukturen (z.B. schulische und außerschulische Jugendarbeit) proaktiv einbeziehen.

Zugang zu Infrastruktur



Viele junge Menschen hätten gerne die Wahl, umweltfreundliche Entscheidungen zu treffen, aber die ihnen zur Verfügung stehende Infrastruktur lässt das nicht immer zu. Das hängt von vielen verschiedenen Faktoren ab, z.B. ob sie am Land oder in der Stadt wohnen oder welchen sozioökonomischen Hintergrund sie haben und betrifft zum Beispiel die Bereiche Mobilität, Einkauf, Wohnraum, Produkte oder Energie. Die Verantwortung dafür sollte nicht auf die Individuen abgewälzt werden. Viel wichtiger wäre es, gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen für inklusives, umwelt- und klimafreundliches Zusammenleben zu schaffen. Die Teilnehmer*innen der 3. Österreichischen Jugendkonferenz denken, alle jungen Menschen sollen Zugang zu sozial und ökologisch nachhaltiger Infrastruktur haben und fordern:

Zugang zu Infrastruktur



Zugang zu Infrastruktur

Nachhaltige und saubere Mobilität

- Bessere Radinfrastruktur: Sichere, durchgehende und direkte Radwege in Städten und im ländlichen Raum
- Öffentliche Verkehrsmittel: Leistbarkeit, Ausbau & Frequenz
 - Leistbare öffentliche Verkehrsmittel
 - Kostenlose öffentliche Verkehrsmittel für junge Menschen
 - Leistbares EU-weites Klimaticket
 - Mehr öffentliche Verkehrsmittel in hoher Frequenz und auch Nachts - insbesondere im ländlichen Raum
 - Ausbau des Zugnetzes in ganz Europa
- Einschränkung umweltschädlicher Mobilität:
 - Verbot von Flugreisen im österreichischen Inland
 - Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h im Ortsgebiet
 - Autofreie Innenstädte
 - Weniger Parkflächen in Städten und mehr Park&Ride Möglichkeiten an Stadträndern
 - Angebote für Sharing von (Elektro-)Autos und Lastenfahrrädern
- Information & Zugang: EU-weite Mobilitäts-App auf der alle nachhaltigen Reisewege ersichtlich und planbar sind (z.B. Zug & Fahrrad)

Produkte

- Lebensmittel: Reduzierung von Lebensmittelverschwendung & Förderung lokaler und saisonaler Angebote
 - Verbot für die Entsorgung genießbarer Lebensmittel
 - Schaffung von Infrastruktur für die Verwendung überschüssiger Lebensmittel
 - Förderung von lokaler Lebensmittelproduktion & Verkauf
 - Flächendeckender Zugang zu leistbaren Unverpackt-Läden
 - Verpflichtende Herkunftsbezeichnung für alle Lebensmittel
 - Fleischlose und umweltfreundliche Essensangebote in Kantinen, Schulen und Kindergärten
 - Umverteilung von (EU-) Fördermitteln zu nachhaltiger und regionaler Landwirtschaft
- Kleidung: Reduzierung von Fast Fashion
 - Höhere ökologische und soziale Qualitätsstandards bei der Kleidungsproduktion (auch bei Importen)
 - Höhere Besteuerung auf Fast Fashion
 - Förderung von Second Hand
- Gebrauchsgegenstände: Toolsharing, Produktherstellung & Verkauf
 - Toolsharing: Flächendeckende Angebote zum Verleih und Austausch von Werkzeugen und Geräten
 - Recht auf Reparatur
 - Erhöhung der Lebensdauer von Produkten durch Verpflichtung zur Reparierbarkeit
 - Nutzung nachhaltiger Ressourcen
 - Höhere Subventionierung von sozial und ökologisch nachhaltig produzierten Produkten
 - Transparente und unabhängig geprüfte Nachhaltigkeitskennzeichnung
 - Preis- und Nachhaltigkeitstransparenz

Wohnen

- Mehr Mietwohnungen im ländlichen Raum
- Enteignung von Spekulationsobjekten

Energie:

- Zugang zu leistbarer, umweltfreundlicher und nachhaltiger Energie für alle